



Petra Merkel, MdB

Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter

## Ausgabe: 11/2006

\*\*\*\*\*

### Aus dem Bundestag

\*\*\*\*\*

## HAUSHALT 2007

Diese Woche haben wir nach 2./3. Lesung den Haushalt 2007 verabschiedet. Besonders erfreulich ist für mich als Haushälterin, dass wir die niedrigste Neuverschuldung seit der deutschen Einheit erreichen konnten und die Maastricht Kriterien wieder einhalten können. Im Vordergrund steht im Haushalt des kommenden Jahres dabei der Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren. Der spürbare Aufschwung soll durch ein 25 Milliarden **Investitionsprogramm** (verteilt auf vier Jahre) gefestigt werden. Wir werden auch in den kommenden Jahren den Haushalt weiter sanieren und strukturell verändern, um so mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen.

Im **Kulturetat** konnten zusätzliche Investitionsmittel eingestellt werden, von denen wir in Berlin profitieren. So beispielsweise für die Sanierung der **Staatsoper** (50 Mio. €), für das zeitliche Vorziehen der Errichtung des **Eingangsbäudes auf der Museumsinsel** (73 Mio. €) und zusätzliche 3 Mio. € für die **Mauergedenkstätte** in der Bernauer Straße. – Mehr dazu lesen Sie in meiner **REDE ZUM KULTURETAT**.

## ECKWERTE DES HAUSHALTS

Nach Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss am 9. November 2006 belaufen sich die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2007 auf 270,5 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben betragen 23,957 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Haushaltsentwurf um 2,4 Mrd. Euro gesenkt auf nunmehr 19,58 Mrd. Euro – das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Wiedervereinigung.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zugleich hat sich die Einnahmesituation des Bundeshaushaltes deutlich verbessert. Nach der Steuerschätzung vom 3. November 2006 sollen die Steuereinnahmen 2007 gegenüber dem Regierungsentwurf um 6,0 Mrd. Euro auf insgesamt 220,53 Mrd. Euro steigen.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Konjunkturelle Entwicklung und Steuermehreinnahmen**

Die Rahmenbedingungen des Haushalts 2007 waren überraschend positiv. Dies ist sicherlich auch ein später Erfolg der rot-grünen Reformpolitik, die unpopuläre Maßnahmen gegen viele Widerstände durchsetzte. Dieser Erfolg wird nun sichtbar.

Die Wachstumsdynamik hat sich erhöht, die Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur haben sich ausgezahlt. Denn die gute konjunkturelle Entwicklung und die daraus folgende verbesserte Einnahmesituation für den Gesamtstaat 2006 wird sich auch im Jahr 2007 fortsetzen. Nach der Steuerschätzung vom November werden für den Gesamtstaat in 2007 Steuermehreinnahmen von 18,5 Milliarden Euro zu erwarten sein, davon 8 Milliarden Euro für den Bund. Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs wurden davon bereits 2 Milliarden Euro berücksichtigt. Diese Schätzung ist vorsichtig und konservativ, sie unterstellt für 2007 ein Wachstum von 1,4 Prozent (der Sachverständigenrat rechnet mittlerweile mit 1,8 Prozent Realzuwachs).

Die positive Grundmelodie der Steuermehreinnahmen wird begleitet von guten Meldungen aus den Sozialversicherungen: Die Bundesagentur für Arbeit wird 2006 einen Überschuss von ca. 9,6 Milliarden Euro erzielen, die Deutsche Rentenversicherung wird Mehreinnahmen von ca. 11 Milliarden Euro zu verzeichnen haben. Dabei ist jeweils ein nicht unerheblicher „Einmaleffekt“ zu berücksichtigen (durch das Vorziehen der Fälligkeit der Arbeitgeberbeiträge bei der BA ca. 3,1 Milliarden Euro und bei der Rentenversicherung ca. 9,5 Milliarden Euro). Gleichwohl werden genügend finanzielle Mittel übrig bleiben, um die sozialen Sicherungssysteme deutlich zu stabilisieren. Dies gilt vor allem für die Bundesagentur für Arbeit, die in den vergangenen zehn Jahren ca. 40 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen benötigt hat.

## **Im Interesse nachfolgender Generationen**

Trotz der günstigen Konjunkturdaten und den Steuermehreinnahmen muss weiteren Ausgabenwünschen eine Absage erteilt werden. Die grundlegenden Probleme werden selbst durch die höheren Steuereinnahmen nicht gelöst. Aus diesem Grund muss auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer festgehalten werden. Das Steuerplus ist nach wie vor nicht so groß, dass Bund und Länder auf ihre Punkte aus der Mehrwertsteuer verzichten können. Auch dem Argument, ein Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung würde die Wirtschaftsentwicklung noch einmal und zusätzlich so verbessern, dass es zusätzliche Steuereinnahmen in entsprechender Höhe gibt, kann eine verantwortliche und vorsichtige Finanz- und Haushaltspolitik nicht folgen.

Der Bundeshaushalt und auch die Länderhaushalte müssen nachhaltig stabilisiert werden. Nur so ist die Politik möglich, die auch über den Tag hinaus trägt und die auch die Interessen nachfolgender Generationen berücksichtigt.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **REDE ZUM KULTURETAT**

*Am 22. November 2007 habe ich im Plenum meine Rede zur Etat des Beauftragten für Kultur und Medien gehalten. Hier der entsprechende Auszug aus dem Plenarprotokoll – mit allen Zwischenrufen...*

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir wurde empfohlen, meine Rede vorzusingen.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP))

Das will ich Ihnen lieber ersparen. Herr Otto, ich glaube, das wäre nicht gut.

Ich habe den Eindruck, dass unser Kulturstaatsminister Neumann in einer guten Kontinuität steht. Vieles, was Herr Börnsen gerade gesagt hat, war sorgfältig vorbereitet. Ich will die Verdienste von Herrn Neumann überhaupt nicht schmälern. Ich glaube, Sie haben sich wirklich wacker geschlagen und viel für den Kulturbereich herausgeholt. Schon im Regierungsentwurf war eine erhebliche Steigerung der Mittel zu verzeichnen. Ich will auch darauf hinweisen, dass Herr Kampeter und ich als Vertreter der großen Koalition für diesen Bereich noch einiges dazugelegt haben. Insofern sind wir im Bereich Kultur alle sehr erfolgreich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):  
Ihr bejubelt euch selber!)

Herr Gysi, zu Ihnen: Es ist das zweite Mal gelungen, den Kulturetat zu steigern. Sowohl im Jahr 2006 als auch für das Haushaltsjahr 2007 gibt es Steigerungen, die Sie nicht wahrgenommen haben.

(Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE): Aber im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren!

Wir haben dem Kulturhaushalt im Rahmen des Haushalts des Sanierens, Reformierens und Investierens allerdings nichts schenken können. Im Kulturhaushalt war für das Jahr 2007 eine pauschale Minderausgabe in Höhe von 17 Millionen Euro veranschlagt, die auf Wunsch der Haushälter der großen Koalition reduziert wurde, nämlich um 7 Millionen Euro. 10 Millionen Euro sind also im Laufe des Haushaltsjahres zu erwirtschaften. Das ist realistischweise zu schaffen.

Erfreulich ist, wie gesagt, dass der Kulturetat steigt, sowohl 2006 als auch 2007. Wir setzen mit diesem Etat sowohl im Bereich Film als auch im Bereich Musik neue Impulse. Die Film- und die Musikbranche sind eng mit der Wirtschaft verbunden. Insofern sind die eingestellten Mittel auch eine Spritze für die Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir fördern die Filmproduktion im kommenden Jahr mit insgesamt 60 Millionen Euro zusätzlich. Das bietet eine gute Chance zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in einer Branche, die häufig ein Bild von Deutschland exportiert.

Auch die „Initiative Musik“ soll einen Impuls setzen. Im Haushalt 2007 wird sie mit 1 Mio. Euro ausgestattet. Sie soll die Rahmenbedingungen für Musik und Musikwirtschaft verbessern. Diese Initiative soll mindestens drei Säulen umfassen: Nachwuchsförderung, Migration und Pädagogik sowie - auch hier wieder - Export, nämlich Export von Musik. Die Mittel sind gesperrt, damit das Konzept entwickelt und beraten werden kann. Dazu wird Gelegenheit sein.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr richtig!)



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gestern war Welttag des Fernsehens. Ich komme zum Thema Deutsche Welle. Sie ist im Haushalt 2007 nicht von Kürzungen betroffen. In den vergangenen Jahren wurden von Intendanten Bettermann mit erheblichen Anstrengungen neue Strukturen geschaffen, die Wirkung zeigen. Ich möchte eine neue Perspektive hervorheben: die Kooperation von ARD und ZDF mit der Deutschen Welle. Die Deutsche Welle kann sich dadurch zu einem Auslandsfernsehen mit frischen Programmplanungen ausbauen. Neben den bewährten Produktionen der Deutschen Welle können dadurch mehr Informationen über Deutschland in alle Welt gesendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das nützt dem Bild unseres Landes und der Vermittlung unserer Kultur.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollegin Merkel, ich habe Ihre Redezeit angehalten. Ich hatte die Kolleginnen und Kollegen schon vor Beginn Ihrer Rede darum gebeten, ihre Gespräche entweder draußen zu führen oder sie einzustellen. Ich finde, wir sollten uns, bevor wir zu dieser wichtigen Abstimmung kommen, auch noch die Argumente der letzten Rednerin in dieser Debatte anhören.

(Beifall im ganzen Hause)

Petra Merkel (Berlin) (SPD): Da ich weiß, wie schwer das ist, wenn man zur Abstimmung in den Plenarsaal kommt, versuche ich, gegen die Unruhe anzureden. Im Haushalt 2007 konnten wir die Mittel für die Deutsche Welle nicht aufstocken. Aber immerhin sind keine Kürzungen erfolgt. Die Kooperation zwischen ARD, ZDF und Deutscher Welle kann schrittweise aufgebaut und in verschiedenen Sendegebieten aufgenommen werden.

Die Deutsche Welle ist ein wichtiger Bestandteil des gesamten deutschen Engagements in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Ebenso wichtig sind aber auch die Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut. Auch wenn diese im Haushalt des Auswärtigen Amtes angesiedelt sind, möchte ich die große kulturelle Bedeutung ihrer Arbeit deutlich machen.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr richtig!)

Für ihre Arbeit stellen wir im Jahr 2007 13,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Bereiche Film und Musik, die Deutsche Welle und das Goethe-Institut sind nur wenige Beispiele, die verdeutlichen, welche Schwerpunkte wir im Rahmen der Beratungen des Haushalts für das Jahr 2007 gesetzt haben. Diese Schwerpunkte werden ausstrahlen. Auch aufgrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird unser Land im Jahre 2007 ganz besonders im Mittelpunkt stehen.

Die vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderten Institutionen und Projekte geben einen Überblick über die deutsche Geschichte. Denkmäler und symbolträchtige Orte ermöglichen Erinnerung, indem sie Geschichte erlebbar und spürbar machen. Viele solcher Orte sind in Deutschland zu finden. Eine besonders hohe Dichte gibt es in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik.

Die Mauer war ein Symbol dieser Stadt. Sie war das Symbol für die Teilung Deutschlands. Ich freue mich über das Ergebnis der Haushaltsberatungen, dass für die Gedenkstätte an der Bernauer Straße im Jahre 2008 3 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Jürgen Koppelin (FDP))

Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass die Konzeption des Mauergedenkens, die vom Berliner Senat in Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kulturausschuss des Bundestages und



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

dem BKM erarbeitet worden ist, nun auch auf der Bundesebene in Angriff genommen werden kann.

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas steht für die schlimmste deutsche Vergangenheit. Damit die Stiftung ihre gute Arbeit fortführen kann, haben wir die Mittel, die wir für die Stiftung zur Verfügung stellen, um 355 000 Euro erhöht. So können wir sicherstellen, dass die auch aufgrund der hohen Besucherzahlen wachsenden Anforderungen an die Stiftung bewerkstelligt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Daran, dass viele Menschen dieses Denkmal besuchen, wird deutlich, dass die Entscheidung für ein solches Denkmal richtig war. In Anbetracht der vielen internationalen Besucher zeigt dieses Denkmal die europäische Aufgabe, aus der Vergangenheit für eine gemeinsame Zukunft zu lernen.

Nun komme ich auf das sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung zu sprechen. Flucht und Vertreibung sind Teil der deutschen Geschichte. Auch dieser Teil unserer Vergangenheit ist im europäischen Zusammenhang zu sehen. Für dieses Zeichen haben wir im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens für das Jahr 2007 750 000 Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt, Frau Göring-Eckardt.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr richtig!)

Im Koalitionsvertrag heißt es:

Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um - in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus - an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.

Die Umsetzung dieses im Koalitionsvertrag gefundenen Kompromisses soll durch die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel ermöglicht werden.

(Beifall der Abg. Monika Griefahn (SPD))

Kern dieses sichtbaren Zeichens soll die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte in Bonn sein, wie Kulturstaatsminister Bernd Neumann bei der Eröffnung der Ausstellung im Deutschen Historischen Museum Berlin angekündigt hat. Das ist die Grundlage dieser Initiative.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Im Haushaltsausschuss haben wir beschlossen, dass sich der Bund an der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden beteiligen wird;

(Volker Kauder (CDU/CSU): Sehr gut!)

das ist richtig. Die Sanierung der Staatsoper Berlin wird vom Bund mit 50 Millionen Euro unterstützt. Durch den Beschluss des Haushaltsausschusses tritt der Bund in Vorleistung. Damit zeigt er seine Bereitschaft - ich zitiere -, für die Erhaltung eines national bedeutenden, einzigartigen Kulturdenkmals Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dieses Zitat stammt aus der Presseerklärung von Steffen Kampeter, der an dieser Stelle ins Schwärmen geraten ist. Die Finanzierung soll aufgeteilt werden: 50 Millionen Euro soll der Bund übernehmen, 50 Millionen Euro das Land Berlin und 30 Millionen Euro sollen von privaten Sponsoren aufgebracht werden. Wie es im Moment aussieht, wird darüber mit dem Berliner Senat verhandelt werden müssen. Herr Otto, im Hauptstadtkulturvertrag ist allerdings keine Festlegung in Bezug auf die Sanierung des Gebäudes erfolgt. So viel steht fest.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich komme zur Museumsinsel. Ich freue mich besonders, dass es gelungen ist, den Beginn der Arbeiten im Zuge der Errichtung des Eingangsgebäudes für die Museumsinsel auf 2009 vorzuziehen.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr richtig!)

Es soll dazu dienen, die schon jetzt anwachsenden Besucherströme ab 2015 auf der Insel zu verteilen. Die Museumsinsel entwickelt sich zu einem Magneten für Besucherinnen und Besucher aus allen deutschen Bundesländern und aus dem Ausland; Sie haben miterlebt, was sich seit der Eröffnung des Bode-Museums dort abspielt. Der Bund unterstützt den Bau des Eingangsgebäudes mit insgesamt 73 Millionen Euro, die ab 2009 fließen. Bis 2015 soll die Umsetzung erfolgen.

Mir sei noch eine Bemerkung gestattet: Ich hoffe sehr, dass über die Form des Eingangsgebäudes noch diskutiert wird. Ich bin sicher, dass durch die Einstellung der entsprechenden Mittel ab 2009 jetzt die Auseinandersetzung darüber im Kulturausschuss beginnen kann. Über Geschmack lässt sich streiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss, bitte tun Sie es!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der Bund investiert viel in Berlin, wenn auch nicht über die Haushaltskasse des Landes. Ich nenne die Sanierungsmaßnahmen auf der Museumsinsel, das Eingangsgebäude, das sind Bundesmittel für die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“, an der Bundesländer und der Bund beteiligt sind. Vieles, was in Berlin zu sehen ist, ist eben von nationaler Bedeutung. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Föderalismusreform im Sommer dieses Jahres neben anderen, umfangreichen Grundgesetzänderungen einen Art. 22 aufgenommen haben:

Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist Aufgabe des Bundes. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.

Ich plädiere dafür, dass ein solches Berlin-Gesetz unter anderem den Hauptstadtkulturvertrag und den Hauptstadtkulturfonds ablösen sollte. Als Auftraggeber, als diejenigen, die das Grundgesetz geändert haben, müssen wir die Diskussion darüber führen, was der Bund für die Hauptstadt tun muss. Als Berlinerinnen und Berliner müssen wir die Diskussion führen, was die Hauptstadt den Bundesländern bietet. Als Bürger der Bundesrepublik müssen wir schließlich darüber diskutieren, welche Erwartungen an die Hauptstadt es gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Während der Fußballweltmeisterschaft in diesem Sommer haben viele Menschen erlebt, was diese weltoffene Hauptstadt Berlin unbezahlbar, selbstverständlich leisten kann - und das mit Freude tut.

Zum Schluss möchte ich darauf verweisen, dass das Bundespresseamt, dessen Etat zum Einzelplan des Bundeskanzleramts gehört, eine hervorragende Broschüre herausgegeben hat, die den Besucherinnen und Besuchern, die wir aus den Wahlkreisen nach Berlin einladen, überreicht wird: „Das politische Berlin - ein Stadtrundgang“. Das ist die gelungene Umsetzung einer Idee, die ich an das Bundespresseamt herangetragen habe. Ich glaube, dies dient genau dazu, zu diskutieren, was die Hauptstadt ermöglicht und was wir erwarten. Diesen Diskussionsprozess brauchen wir.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, bei dem Herrn Staatsminister und den Vertretern der Ministerien.“

## **BLEIBERECHT**

Nach vielen Jahren und jetzt nach langen und teilweise zähen Verhandlungen haben wir endlich eine Bleiberechtsregelung für in Deutschland lebende, geduldete Ausländer



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

gefunden. Die unerträglichen so genannten Kettenduldungen werden damit endlich abgeschafft. Franz Müntefering und Wolfgang Schäuble haben sich mit den anderen Verhandellnden auf einen guten Kompromiss geeinigt: Alleinstehende dürfen nach mindestens acht Jahren Aufenthalt hier in Deutschland bleiben, Familien mit Kindern bereits nach sechs Jahren. Dabei ist zunächst eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltsgenehmigung einschließlich einer Arbeitserlaubnis vorgesehen, die anschließend verlängert werden kann. Dieser Kompromiss verschafft den bislang geduldeten, hier lebenden Ausländern endlich die Möglichkeit, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern und eine Existenz aufzubauen.

Eine erste Stufe bis zur gesetzlichen Regelung ist jetzt der Beschluss der Innenminister der Länder Mitte November. Dieser Beschluss wird abgelöst, sobald wir im nächsten Jahr eine gesetzliche Regelung erarbeitet und in Kraft gesetzt haben. Solange die geduldeten Ausländer nach dem Beschluss der Innenminister keine Aufenthaltserlaubnis erhalten, da sie noch keine Arbeit gefunden haben, bleiben sie weiterhin bis 30. September nächsten Jahres geduldet. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Spätestens dann wird unsere gesetzliche Regelung in Kraft sein. Hoffentlich wird diese Regelung nicht zerpfückt werden durch neuerliche Kompromisse im Bundesrat.

## **GESETZENTWURF ZUR EINRICHTUNG EINES DEUTSCHEN ETHIKRATES**

Am 9. November 2006 wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einrichtung eines Deutschen Ethikrates in 1. Lesung beraten. Dieser soll künftig die Aufgaben des Nationalen Ethikrates übernehmen.

Der Deutsche Ethikrat soll ein unabhängiger Sachverständigenrat sein, der Bundestag und Bundesregierung berät sowie ethische Fragen in den Lebenswissenschaften bewertet. Seine Aufgaben sollen im Hinblick auf die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften definiert werden. Der Deutsche Ethikrat soll als nationales Forum des bioethischen Dialogs und nationale Plattform für den internationalen Dialog dienen. Er soll jährlich eine öffentliche Veranstaltung ausrichten und so den bioethischen gesellschaftlichen Diskurs sichtbar bündeln. Außerdem soll der Ethikrat öffentliche Veranstaltungen und Anhörungen durchführen sowie Stellungnahmen für Bundestag und Bundesregierung verfassen können.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Deutsche Ethikrat als Gremium unabhängig und weisungsungebunden ist. Es soll sichergestellt werden, dass im Rat ein interdisziplinäres, plurales Spektrum sowie unterschiedliche weltanschauliche Ansätze vertreten sind. Die 24 Mitglieder des Deutschen Ethikrates sollen je zur Hälfte auf Vorschlag des Bundestags und der Bundesregierung für die Dauer von vier Jahren berufen werden und maximal einmal wieder gewählt werden können.





**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

\*\*\*\*\*

## **Aus dem Wahlkreis**

\*\*\*\*\*

### **Berliner/innen und Austauschstudenten auf politischer Tagesfahrt**

Auf meine Einladung hin waren am Dienstag, den 14. November 2006, Bürger aus Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Austauschstudenten der Technischen Universität auf politischer Tagestour durch Berlin. Die TU-Studenten des Global Production Engineering-Studiengangs kamen im Übrigen aus Indien, China, Taiwan, Mexiko und vielen anderen Ländern.

Im Rahmen der vom Presse- und Informationsamt organisierten Tagesfahrt besuchte die Gruppe für ein Informationsgespräch zunächst das Auswärtige Amt. Im Anschluss daran folgte ein Besuch der Willy-Brandt-Stiftung, einer Ausstellung über das politische Leben Willy Brandts im Rathaus Schöneberg. Danach wurde die Besuchergruppe von mir im Deutschen Bundestag empfangen. Nach einer einstündigen Führung, konnten wir in einem anschließenden Gespräch Erfahrungen, Gedanken und Meinungen austauschen. Danach blieb noch Zeit für ein gemeinsames Erinnerungsfoto auf der Dachterrasse des Deutschen Bundestages sowie die Besteigung der Glaskuppel.

Ich freue mich immer wieder, dass sowohl die so genannten BPA-Fahrten als auch die Informationsbesuche im Deutschen Bundestag auf große Resonanz bei den Besuchern stoßen. Die Reichstagsführung, der Vortrag auf der Tribüne oder der Besuch einer Plenardebatte sind auch für die Berlinerinnen und Berliner immer wieder attraktiv. Nutzen Sie also die Gelegenheit und wenden Sie sich gern an mich, wenn Sie sich selbst einmal ein Bild von der Bundespolitik in der Hauptstadt machen wollen.

\*\*\*\*\*

## **Termine**

\*\*\*\*\*

### **BÜRGERSPRECHSTUNDE**

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Freitag, den **15. Dezember 2006** von 15.00 bis 17.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80, 10623 Berlin statt. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.

### **AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG mit UNICEF**

Als letzte Ausstellung in diesem Jahr zeige ich in Zusammenarbeit mit UNICEF Berlin die aktuellen Weihnachtsgrußkarten.

**Ich lade Sie herzlich ein zur Ausstellungs-eröffnung der UNICEF-Weihnachtsgrußkarten am Samstag, den 2. Dezember 2006 von 11.00 bis 13.00 Uhr in die GOETHE80.**

Die Leiterin der UNICEF-Arbeitsgruppe Berlin Dr. Beatrice Rottka-Bensel wird anwesend sein. Die Ausstellung können Sie vom 2. bis 16. Dezember in der Goethe80 besichtigen. Selbstverständlich können Sie die Grußkarten während der Ausstellungseröffnung und zu den Öffnungszeiten meines Wahlkreisbüros dort kaufen.